

>>Thema: Grüner Blick nach vorn

>> **Den Blick nach vorn** richten die Grünen auf dem Zukunftskongress im Herbst. Und die Landesgrünen fragen bei einer Regionalkonferenz nach der Zukunft staatlichen Handelns. Jenseits von Staatsvergottung und Staatsverpottung müssen die Grünen darauf Antworten geben, findet **Petra Selg**.

>> **Esprit, Witz und Mut** fordert **Franz Walter** von den Grünen, um das linksliberale Bürgertum und die ‚kulturell Kreativen‘ für sich zu gewinnen – immer wieder und aufs Neue. In seinem Gastbeitrag verweist der Parteienforscher auf den Spagat zwischen dem Vorzug, im Zentrum des Parlamentarismus zu stehen, und der Gefahr, als Scharnier konturenlos und verwechselbar zu werden. Das Gegenrezept: Ecken und Kanten behalten.

>> **Grüne sind bürgerlich** und haben die ‚Zeit der Revolutionen‘ hinter sich gelassen, meint der Vorsitzende der Wirtschaftsunioren Baden-Württemberg, **Cornel Pottgiesser**, in einem weiteren Gastbeitrag. Nun drohe das Risiko, als Luxuspartei verdrängt zu werden. Welche Chance haben die Grünen? Weniger ‚deutsch‘ werden, meint der Jungunternehmer.

>> **Abseits von Ängsten und Utopien** können die Grünen mit ihren Konzepten vor allem für die Jüngeren auch in Zukunft als Alternative im Parteienspektrum attraktiv bleiben. Davon ist **Oliver Hildenbrand**, jüngster Landtagskandidat in Baden-Württemberg, überzeugt. Über seine persönlichen Eindrücke aus dem Wahlkampf sprach er im GB-Interview.

>> **Selbstständig, selbstbewusst, konstruktiv** – auf diesen Nenner bringt **Winfried Kretschmann** die grüne Oppositionspolitik in den kommenden fünf Jahren. In denen es auch um die Erschließung neuer WählerInnengruppen geht. Die Devise: Raus und ran an die Leute. Das Ziel: Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg.

>> **Dem Morgenrot entgegen...** Für eine ökologische, undogmatische Politik: Der Vernetzung bündnisgrüner und grünnaher GewerkschafterInnen hat sich GewerkschaftsGrün verschrieben. **Daniela Wente** stellt das grüne Forum für Arbeit und Soziales vor.

Zwischen Staat und Zukunft

„Grüner Blick nach vorn“ heißt der Zukunftskongress des Bundesverbands, der vom 1. bis 3. September in Berlin stattfindet.

Unsere Regionalkonferenz am 1. Juli zur Vorbereitung dieses Kongresses steht unter dem Thema „Die Zukunft des staatlichen Handelns“: Wie viel und welchen Staat braucht das Land – mehr oder weniger?

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland schwanken zwischen Staatsvergottung und Staatsverspottung, halten vom Staat oder besser von der Politik und den Parteien immer weniger, was die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung auch hier in Baden-Württemberg bei der Landtagswahl im März gezeigt hat.



Eine Partei ist jedoch ein Teil der Gesellschaft, deshalb interessiert ihr Verhältnis zum Staat ganz besonders. Wie stehen wir als Bündnis 90/Die Grünen dazu?

Sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur Worthülsen? Was heißt Solidarität und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, und wer soll wie viel dafür bezahlen? Was muss Sache des Marktes oder der Zivilgesellschaft sein und was nicht? Wie muss ein Staat beschaffen sein, der gesellschaftliche

Teilhabe, Solidarität und Chancengerechtigkeit gewährleistet? Deregulierung und Privatisierung: Kann Markt wirklich alles besser regeln?

Wir als Grüne hatten bei unserer Gründung ebenfalls große Bedenken in Bezug auf alles, was mit Staat und seinen Staatsorganen zu tun hatte. Wir wollten eine Anti-Parteien-Partei sein, uns nicht als einen Teil dieses Staates sehen.

Das hat sich geändert: Denn durch unsere parlamentarische Arbeit und Regierungsbeteiligungen haben wir gesehen, dass „Staat“ eine Gestaltungschance bietet und zwar keineswegs nur auf dem Gebiet der Ökologie. 20 Jahre nach Tschernobyl erlebt die Diskussion um den Wiedereinstieg in die Atomtechnologie ein erschreckendes Revival. Dies und die derzeit geführte Gentechnikdiskussion zeigen, dass eine neoliberale Ökologiefeindlichkeit vorhanden ist: Ökologie und Ökonomie schließen einander angeblich aus. Hierauf müssen wir grüne Antworten geben.

Unsere Regionalkonferenz in Stuttgart wird sich deshalb in vier Foren mit folgenden Themenkomplexen und Fragestellungen beschäftigen: Arbeitsmarkt und Haushalt. Wie ist in Zukunft das „Soziale“ zu organisieren? Welchen Staatsaufbau und welche Verwaltungsebenen brauchen wir? Und: Ökologie – auch vor dem Hintergrund von Bürokratieabbau.

Nicht nur grüne Pömis sollen hierzu ihre Gedanken formulieren – insbesondere Ihr, liebe Freundinnen und Freunde, seid herzlich eingeladen, an der Konferenz und der inhaltlichen Debatte um unsere Zukunft als Grüne in Baden-Württemberg und um unser Engagement in der Frage nach der

Zukunft des Staates teilzunehmen. Es geht darum, die Ausrichtung unserer Partei nach den hinter uns liegenden Wahlkämpfen und nach der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene aktiv mit zu gestalten – damit die grüne Zukunftsvision breit getragen wird. Nicht nur nach innen in unsere Gremien und die Mitgliedschaft hinein, sondern auch nach außen, dahin, wo wir uns gemeinsam mit der Öffentlichkeit die Frage stellen: Grüne, quo vadis? Die Antwort kann und wird kein unsicherer Kurs sein, sondern eine Bilanz mit einer Vision im Ergebnis, eine Chance für eine starke grüne Zukunft.

>> Petra Selg, Landesvorsitzende

Die Chancen kultureller Kreativität und Eigenständigkeit

Es ist still geworden um die „Grünen“ in Deutschland. Denn zweifellos: Es hat zuvor schönere Zeiten für den Postmaterialismus in der Gesellschaft gegeben. Eben das, der Schwund postmaterialistischer Einstellungen in der ökonomischen Krise auch der Mittelschichten, macht der grünen Partei ersichtlich das Leben schwer. Auch das ökologische Thema ist trotz aller kollektiven Virenängste und kalkulierbar regelmäßiger Lebensmittelskandale auf der politischen Agenda signifi-

kant nach hinten abgerutscht; die Option für eine weitere Energieversorgung aus Atomstrom ist im Wahlbürgertum zuletzt gar bemerkenswert gestiegen.

Kurzum: Die Quellen scheinen zu versiegen, aus denen sich die Grünen politisch, kulturell und organisatorisch lange wie von selbst hochpöppelten. Andererseits aber existiert in den modernen postindustriellen Gesellschaften weiterhin durchaus ein stattliches Segment von Kultur-, Sozial- und Humandienstleistern, deren kommunikativ-partizipatorische und prononciert bildungsbürgerlich geprägte Lebensweise einer leicht elitären linkslibertären, auch kulturell expressiven Diskurspartei unzweifelhaft zugeneigt sind. Diese Sozial- und Mentalitätslage nährt und stabilisiert nach wie vor grüne bzw. linksliberale Parteien.



Das Problem allerdings ist: Loyale Parteisolddaten sind die linksliberal-ökologisch orientierten Individualisten in den Elektoraten der modernen europäischen Demokratien nicht. Eben das macht sämtlichen linkslibertären Parteien zwischen Oslo und Lissabon in schöner Regelmäßigkeit arg zu schaffen. Ihr prinzipielles Potenzial hat sich in den letzten 25 Jahren fraglos gefestigt. Aber es ist jeweils nur durch spezifische Fertigkeiten außergewöhnlich

begabter Parteikader zu aktivieren: durch die Fähigkeit zur politischen Autonomie, Unverwechselbarkeit, Projekt- und Zielorientierung, Kommunikation, durch Esprit, Witz und Mut. Mindestens in Regierungszeiten aber geht einiges davon unweigerlich verloren. Flair und Aura sind nun einmal schwer alltäglich zu verstetigen. Doch der Verlust an charismatischem Charme und inspirierender Originalität führt zyklisch zum Liebesentzug im linksliberalen Bürgertum. Exakt das haben die deutschen Grünen in den letzten Jahren auf Landes- und Bundesebene denkbar schmerzhaft erfahren müssen.

Indessen wird der Humus, auf dem der Bedarf nach einem spezifisch libertären expressiven politischen Stil gedeiht, in Zukunft keineswegs schwinden. Im Gegenteil: Schließlich ist der Typus des „kulturell Kreativen“ – wie ihn der amerikanische Soziologe Paul H. Ray nennt – gesellschaftlich vital exponiert, vor allem bei den jungen und mittelalten akademischen Frauen. Dieser Typus ist nicht durch simple Lösungen, hohle Phrasen, tönende Megaphonappelle zu beeindrucken. Dieser Typus schätzt vielmehr die Differenzierung, die Überzeugungskraft der Argumentation, die gelungene Formulierung.

Gleichwohl und nochmals: Parteien der „kulturell Kreativen“ haben es nicht leicht, da sie ihre oft überkritische, politisch-ästhetisch prätentiose Klientel immer neu überzeugen müssen. Aber eine Chance ist diese kulturell multiplikatorische Schicht und Mentalität für die Grünen doch auch. Nutzen können sie sie allerdings nur, wenn sie den spröden Buchhaltern hier und Populisten der Politik dort nicht nacheifern, sondern wenn sie deren kurzatmige Lösungsofferten politische Komplexität

und intellektuelle Reflexivität entgegenstellen.

Gelingt ihnen das, dann wird sich auch die Machtfrage wieder neu und eindringlich stellen. Denn: Die Grünen platzieren nicht nur gesäßgeographisch in der Mitte des Plenarsaals. Sie bilden ebenfalls politisch künftig die Klammerposition der Koalitionsbildung. Keine der beiden Volksparteien wird an den Grünen vorbeikommen, wenn sie in mittlerer Frist diesseits der großen Koalition eine Regierungsmehrheit schmieden wollen. Die SPD weiß das; und die Union hat das im Herbst 2005 zu lernen begonnen. Spätestens im Jahr 2007 werden die Anführer beider Volksparteien ihre Netzwerkknüpfel zu den tonangebenden Grünen schicken.

Darin wurzelt der Vorzug einer Partei, die im Zentrum des Parlamentarismus steht. Sie ist Scharnier, nach links wie nach rechts. Aber darin verbirgt sich auch die Crux. Scharnierparteien geraten rasch in die Gefahr, farblos zu werden, in diffuser Mittigkeit zu verschwimmen, alle Ecken und Kanten abzuschleifen, um auf diese Weise hier wie dort allianzfähig zu bleiben. Doch insbesondere die Grünen mit ihrer akademisch-linkslibertären, hochkritischen Klientel können sich Konturenlosigkeit und chamäleonhafte Verwechselbarkeit nicht leisten.

>> Franz Walter

Professor für Politikwissenschaft in Göttingen und einer der profiliertesten Parteienforscher Deutschlands. Zuletzt erschien sein Buch "Die ziellose Republik" (2006). Er schreibt außerdem für zahlreiche Tages- und Wochenzeitungen.

Werdet weniger „deutsch“!

Lange Zeit schienen die GRÜNEN auf immer mit der SPD unter einer Decke stecken zu müssen. Jetzt werden andere Varianten denkbarer: Jamaika, Koalition in Frankfurt/Main und nicht zuletzt Kretschmann/Oettinger. Macht-politisches Geplänkel oder Besinnung auf gemeinsame Herkunft?

Die GRÜNEN sind bürgerlich. Zog es bürgerliche Sprösslinge früher nicht selten in sozialistische Gefilde, so weht der Zeitgeist heute konservativer, nachhaltiger. Die Zeit der Revolutionen war gestern. Ohne Petra Kelly und Jutta Ditfurth haben sich die GRÜNEN erst der Realität angenähert, um dann zu merken, dass sie nicht so anders sind als die anderen. Bürgerrechte für Verfolgte, Solidarität mit Benachteiligten oder Bewahrung der Schöpfung – Hausnummern, die andere politische Akteure auch für sich reklamieren. Selbstverständlich kommt es immer auf die Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung dieser Ziele an, und hier gibt es Unterschiede, aber die Schnittmengen sind größer als die Restmengen.

Grüne Politiker mögen viele Mängel haben, doch meistens sind sie zumindest anregende Gesprächspartner. Nicht dass sie wegen verquaster Ansichten nur amüsant wären, nein, sie haben eine solide Bildungsbasis und können mehr als andere jenseits des Parteiprogramms diskutieren. Sie haben oft eine unbeschränkt bürgerli-

che Bildung, was sie nicht unsympathischer macht. Nichtpolitikern fällt es ansonsten oft schwer, die Ehrlichkeit der Argumentation des Gegenübers zu erkennen. Nach manchem Gespräch ärgert man sich, daß man auch noch dem dümmsten, aber mundgerecht vorgebrachten Argument zugestimmt hat.



Um die Zukunft zu meistern, müssen die GRÜNEN sich darauf besinnen, dass Umwelt wichtig ist, Humanismus aber den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Andernfalls riskieren sie, in wirtschaftlich engen Zeiten als Luxuspartei an den Rand gedrängt zu werden. Bürgerrechte, Augenmaß und nicht zuletzt Sachverstand für unkonventionelle Lösungen sollten die Maxime grüner Politik sein. Bürgerrechte haben wenig mit noch mehr Staat zu tun, Augenmaß sieht auch die Konsequenzen falscher Entscheidungen der Vergangenheit, und Sachverstand ist in einer sich schnell ändernden Welt überlebenswichtig.

Am meisten wünsche ich mir von den GRÜNEN, dass sie weniger „deutsch“ werden. Unser Land ist lebenswert, aber nicht immer sind „unsere Umweltstandards“ das Maß aller Dinge. Standards müssen verwaltet werden, schaffen fette Staatlichkeit und nehmen einem manchmal Luft und Spaß am Leben. Grüne Politik muss offen sein für andere mit anderem Hintergrund. Menschen in Ostasien, Lateinamerika oder Afrika wollen die deutsche Lösung der Dinge oft nicht einmal in Ansätzen übernehmen. Das dörfliche Idyll baute schon in romantischen Zeiten auf dünnem Eis.

Freiheit des Denkens und Vertrauen in die Verantwortlichkeit der anderen tut auch grüner Politik Not. Nicht alles lässt sich durch Gesetze regeln. Wenn grüne Politik diese Grunderkenntnis beherzigt, wird die grüne Partei auch in der Zukunft kraftvoll sein. Wenn grüne Politik aber die Regulierung auch des letzten Vorgartens, Bauernhofs oder Biotechnologieunternehmens anstrebt, wird sie die Menschen vergraulen und sich selbst überflüssig machen.

>> Cornel Pottgiesser, Rechtsanwalt und Partner einer Wirtschaftsrechtskanzlei; verheiratet, 3 Kinder; Vorsitzender der Wirtschaftsjuvenoren Baden-Württemberg, dem größten Verband junger Unternehmer (www.wj-bw.de)

„...die Leute müssen wissen, dass in der Politik was gemacht wird.“

Oliver Hildebrand im Grüne Blätter-Interview



Als jüngster Kandidat trat Oliver Hildebrand (18 Jahre) bei den Landtagswahlen im Wahlkreis Main-Tauber an, nachdem er zuvor als Wahlkampf helfer im Bundestagswahlkampf aktiv war. Über seine Erfahrungen aus den Wahlkämpfen und seine Eindrücke über Jugend und Politik sowie zukünftige Themen der Grünen sprachen mit ihm für die Redaktion Helene Rädler und Philip Eberhardt.

GB: Wie war die Grundeinstellung der WählerInnen bei der Landtagswahl?

Hildebrand: Es gab im Vergleich zur Bundestagswahl keinen Lagerwahlkampf Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün, deshalb war die Stimmung deutlich weniger politisiert. Die WählerInnen hatten einfach weniger Lust auf Wahlkampf.

GB: Welche Themen waren für die WählerInnen wichtig?

Hildebrand: Bildungspolitik als originäres Landesthema, die aktuelle Diskussion zur Erhöhung des Renteneinstiegsalters und die Arbeitsmarktpolitik. Für unsere WählerInnen natürlich auch das Thema Energiepolitik – durch die von Oettinger erneut angeheizte Debatte über den Wiedereinstieg in die Atomenergie.

GB: War das Thema Schwarz-Grün in dem Wahlkampf präsent?

Hildebrand: Das Thema wurde von der SPD, die sich als die einzig „wahre“ Linke darstellen wollte, und der FDP, die ihre Regierungsbeteiligung in Gefahr sah, immer wieder ins Spiel gebracht. Für die CDU und für uns Grüne war das kein Anlass zur Diskussion.

GB: Hat Rot-Grün in deinen Augen nach diesem Wahlkampf noch eine Zukunft?

Hildebrand: Aus meiner Sicht ist im Moment Schwarz-Grün keine Option, da unsere Grundsätze viel zu weit auseinander sind. Ich halte deshalb zum jetzigen Zeitpunkt eine Koalition mit der SPD für sinnvoller, da wir mit ihr programmatisch noch mehr Gemeinsamkeiten haben.

GB: Haben für Dich künftig noch andere Bündnisse eine Chance?

Hildebrand: Jamaika und Rot-Rot-Grün können schwerlich eine Option sein, da die Schnittmengen doch sehr gering sind. Die Ampel wäre meiner Meinung nach noch eher tragbar.

GB: Welche Themen werden und sollten in der Zukunft die Grünen besetzen?

Hildebrand: Am wichtigsten: unsere Kernkompetenz Ökologie. Hier haben wir die besten Konzepte, die wir auch

ständig weiter entwickeln. Für mich persönlich ist auch die Bildungspolitik wahnsinnig wichtig, denn Bildung ist der Weg, soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen. Momentan gibt es in Deutschland noch einen starken Nachholbedarf, denn sozial Schwächere werden strukturell benachteiligt. Auch hier haben wir Konzepte, beispielsweise die Basisschule. Wir müssen aber auch mit anderen Themen, z.B. der Wirtschaftspolitik, nicht nur stärker wahrgenommen werden, sondern auch punkten.

GB: Jugend in der Zukunft der Grünen...

Hildebrand: Es ist wichtig, die Jugend zur Politik hinzuführen und ihr die Möglichkeit zu geben, mitzuwirken – um diejenigen zu erreichen, die sich von der Politik abwenden.

GB: Was können wir Grüne gegen die Politikverdrossenheit tun?

Hildebrand: Nicht wie andere Parteien mit Ängsten oder Utopien arbeiten, sondern mit den richtigen Ideen und Themen Politik attraktiv und zukunftsfähig machen. Und uns wieder um die Essenz, die soziale Gerechtigkeit, kümmern, damit die Leute wissen, dass in der Politik was gemacht wird.

Baden-Württemberg braucht GRÜN!

Mit 11,7 Prozent haben wir das zweitbeste Wahlergebnis der grünen Geschichte in Baden-Württemberg erzielt. 17 Abgeordnete und drittstärkste Kraft im Landtag – damit lässt sich was bewegen. Die Gespräche mit der CDU, die nach der Landtagswahl stattfanden, haben die Schwelle für mögliche Koalitionen mit den Christdemokraten, sei es hier oder in anderen Ländern, verringert und somit unsere politischen Optionen erweitert. Aber auch den GRÜNEN im Bund hat unser Ergebnis Rückenwind gebracht. Der Landesverband muss sich nun wieder stärker bundespolitisch einbringen.

Opposition – selbstständig, selbstbewusst, konstruktiv

Schon immer haben wir GRÜNE in Baden-Württemberg Opposition als konstruktive Einmischung verstanden. Wir machen eigene Vorschläge, die durchdacht und - einigermassen - durchgerechnet sind und verwerfen Überlegungen, von denen wir wissen, dass wir sie im Regierungsfall nie und nimmer umsetzen könnten. Daran halten wir uns auch in dieser Legislaturperiode.

Opposition heißt aber auch, die Landesregierung zu kontrollieren. Wir werden sie kritisch begleiten. Es gibt keinen Schwarz-Grün-Rabatt für Oettinger. Wann immer nötig, werden wir die Schnarchnasigkeit und fehlende Dynamik der schwarzgelben Veranstaltung hervorheben, die Traditionsbataillone der CDU unter Feuer nehmen und die Pöstchenjäger der FDP bloß stellen.

Aber wir machen keine Mäkelopposition und lassen uns nicht von oppositionellen Reflexen und Ritualen leiten. Wir begnügen uns nicht mit Ja-Nein und Schwarz-Weiß, sondern führen die Auseinandersetzung mit der Landesregierung hart in der Sache, aber immer argumentativ und an den Interessen des Landes und seiner Bürgerschaft orientiert.



Neue Wählergruppen erschließen

Wenn wir in den nächsten Jahren relevant dazu gewinnen wollen, müssen wir unsere jetzigen WählerInnen langfristig an uns binden, uns aber auch beharrlich um die Erschließung neuer WählerInnengruppen bemühen. Dazu gehört, dass wir uns insbesondere auf WählerInnen konzentrieren, die zwischen schwarz und grün hin und her überlegen. Es ist die strategische Herausforderung, die CDU endlich deutlich unter die Hälfte der Landtagsmandate zu drücken.

Raus und ran an die Leute

Mit der größeren Fraktion können wir die Losung „Raus und ran an die Leute“ besser umsetzen. Dazu werden die Abgeordneten einer Region mit hoher Präsenz die Regionalarbeit unterstützen und aufbauen.

Das Ziel

Dass wir Opposition können, haben wir hinlänglich unter Beweis gestellt, und wir werden in dieser Periode wieder zeigen, dass man auch aus der Opposition heraus gestalten kann. Ansonsten halten wir es aber mit Jürgen Trittin und erklären Opposition als einen Zustand, den es zu überwinden gilt. In den kommenden fünf Jahren wollen wir deutlich machen, dass Baden-Württemberg GRÜN braucht. Und zwar in der Landesregierung. Wir begnügen uns nicht noch mal damit, zweistellig und dritte Kraft werden zu wollen – das ist nicht das Ziel, sondern seine Voraussetzung. Das Ziel lautet, spätestens ab 2011 grüne Politik in Regierungsverantwortung zu gestalten.

>> Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender

Die neue Fraktion im baden-württembergischen Landtag und die thematische Zuständigkeit der 17 Abgeordneten:

Theresia Bauer (WK Heidelberg)

Stellv. Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführerin
Hochschule
www.theresia-bauer.de

Winfried Kretschmann (WK Nürtingen)

Fraktionsvorsitzender
Kirchen
www.winfried-kretschmann.de

Siegfried Lehmann (WK Konstanz)

Berufliche Bildung
www.siegfried-lehmann.de

Brigitte Lösch (WK Stuttgart I)

Soziales und Frauen
www.brigitte-loesch.de

Oswald Metzger (WK Biberach)

Finanzen
www.oswald-metzger.de

Bärbl Mielich (WK Breisgau-Hochschwarzwald)

Gesundheit
www.mielich-mediation.de

Dr. Bernd Murschel (WK Leonberg)

Landwirtschaft
www.murschel.de

Thomas Oelmayer (WK Ulm)

Rechtspolitik
www.thomas-oelmayer.de

Boris Palmer (WK Tübingen)

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Verkehrspolitik
www.boris-palmer.de

Reinhold Pix (WK Freiburg I)

Verbraucher
www.reinhold-pix.de

Renate Rastätter (WK Karlsruhe II)

Schule
www.renate-rastatter.de

Uli Sckerl (WK Weinheim)

Innenpolitik und Kommunen
www.uli-sckerl.de

Edith Sitzmann (WK Freiburg II)

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Wirtschaft
www.edith-sitzmann.de

Dr. Gisela Splett (WK Karlsruhe I)

Naturschutz
www.gisela-splett.de

Franz Untersteller (WK Bietigheim-Bissingen)

Umwelt und Energie
www.franz-untersteller.de

Jürgen Walter (WK Ludwigsburg)

Europa, Kunst, Kultur, Medien,
Sport, Datenschutz
www.juergenwalter.de

Werner Wölfle (WK Stuttgart II)

Integration
www.werner-woelfle.de

Mehr Infos gibt's unter
www.bawue.gruene-fraktion.de

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften und Projektgruppen: Dieses Mal stellt sich „GewerkschaftsGrün“ vor



Im Februar 2001 konstituierte sich als Folge eines BDK-Beschlusses zur Bildung einer „deutlichen erkennbaren Struktur bündnisgrüner und der Partei nahe stehender GewerkschafterInnen“ in Stuttgart das Grüne Forum für Arbeit und Soziales – GewerkschaftsGrün (GG).

GG will die Arbeit der politischen Gremien und Parlamentsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen in Fragen aus dem Bereich Arbeit und Soziales unterstützen, begleiten und bereichern.

GG will einen lebendigen Diskussionszusammenhang zwischen Gewerkschaften und grüner Partei.

GG will aber auch in den Gewerkschaften für eine ökologische, undogmatische Politik eintreten, die insbesondere die Ökologisierung unseres Wirtschaftssystems, gerechte Verteilung der Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Bedürfnisse der neuen ArbeitnehmerInnengruppen thematisiert.

GewerkschaftsGrün veranstaltet jedes Jahr zu zentralen Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik eine Tagung.

Unter www.gewerkschaftsgruen.de sind wir im Internet zu finden, unter info@gewerkschaftsgruen.de sind wir direkt erreichbar.

>> Im Namen des Sprecherteams von GG:
Daniela Wente

>> Adressen

**Landesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg**
Landesgeschäftsstelle
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel (0711) 99 35 90
Fax (0711) 99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN im
Landtag von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Tel. (0711) 2063-683
Fax: (0711) 2063-660
post@gruene.landtag-bw.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

**Bundesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel. (030) 28442-0
Fax (030) 28442-210
bgst@gruene.de
www.gruene.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion**
Platz der Republik 1
10110 Berlin
Tel. (030) 227-56789
Fax (030) 227-56552
epost@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

**Grüne Jugend
Baden-Württemberg**
Forststraße 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 975
Fax (0711) 99 35 999
info@gjbw.de
www.gjbw.de

**Kommunalpolitische Vereinigung
GAR**
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 990
Fax: (0711) 99 35 999
gar@gar-bw.de
www.gar-bw.de

>> Termine

1. Juli 2006, Stuttgart:
„Die Zukunft staatlichen Handelns“:
Regionalkonferenz von Bündnis
90/Die Grünen Baden-Württem-
berg. 10.30 bis 17.00 Uhr. Nähere
Informationen folgen. Kontakt:
landesverband@gruene-bw.de;
www.gruene-bw.de

1.-3. September 2006, Berlin: „Wie
geht's nach morgen?“ Zukunfts-
kongress von Bündnis 90/Die Grü-
nen. Nähere Informationen:
www.gruenerzukunfts-kongress.de

**11.-12. November 2006, Bad Kro-
zingen:** 21. Landesdelegiertenkon-
ferenz von Bündnis 90/Die Grünen
Baden-Württemberg, Kurhaus Bad
Krozingen, Herbert-Hellmann-Allee
12, 79189 Bad Krozingen.
www.bad-krozingen.info. Nähere
Informationen folgen.

1.-3. Dezember 2006, Köln-Deutz:
26. Bundesdelegiertenkonferenz
von Bündnis 90/Die Grünen. Mes-
segelände Köln-Deutz. Nähere
Informationen: www.gruene.de

>> Impressum

Herausgeber

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93, 70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 90, Fax (0711) 99 35 999

Redaktion

Tilo Berner, Philip Eberhardt, Gisela Hotz, Andrea Lindlohr, Helene Rädler,
Susanne Roßbach, Wolfgang Schmitt, Daniela Wente

Layout & Satz

Katrin Ströbel

Druck

Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Stück)